

Asylinitiativenkonferenz 2020

Was Corona (un)sichtbar macht -
Auswirkungen der Pandemiesituation auf
die Lebensrealität von Geflüchteten

10. bis 14.11.2020

Die Corona-Pandemie hat das Jahr 2020 stark beeinflusst und wird auch nachhaltig seine Auswirkungen entfalten. Dabei haben die letzten Wochen und Monate deutlich gezeigt, dass die Menschen am stärksten von der Krise betroffen sind, die schon vor Corona „unsichtbar“ waren. Die Situation von Geflüchteten in Deutschland und an den europäischen Außengrenzen hat sich durch die Pandemie weiter verschärft. Ihre Lebensbedingungen wurden noch prekärer und menschenfeindlicher – all dies im Stillen. Während zivilgesellschaftliche Initiativen versuchten zu unterstützen, zu retten und Aufmerksamkeit zu erzeugen, schwieg die Politik.

Mit der diesjährigen Asylnitiativenkonferenz wollen wir Aspekte in den Blick nehmen, die durch die Pandemiesituation eine besondere Zuspitzung erfahren, die jedoch durch den großen Trubel der Pandemie eher zurückgedrängt und unsichtbar wurden.

Wie in den vergangenen Jahren thematisiert die Asylnitiativenkonferenz die Brennpunkte ehrenamtlichen Engagements und schafft Raum zum Austausch und zur Vernetzung. Ziel ist es, Engagierte zu stärken, fachlichen Austausch zu bieten und gemeinsam zu überlegen, wie mit den Herausforderungen umzugehen ist.

Die Asylnitiativenkonferenz erfährt 2020 eine Premiere: Erstmals wird sie in einer digitalen Form veranstaltet. So geben wir allen die Möglichkeit, teilzunehmen, sich und andere gesundheitlich jedoch nicht zu gefährden. Die Konferenz erstreckt sich mit verschiedenen Formaten über fünf Tage.

Programm:

Dienstag, 10. November 2020 // 19:00 bis 21:00

Gespräch: „Was Corona (un)sichtbar macht – Auftakt zur Konferenz“

Den Auftakt zur Asylnitiativenkonferenz macht eine Gesprächsrunde, in der Herausforderungen und Nöte von geflüchteten Menschen während der Corona-Pandemie aus unterschiedlichen Perspektiven, aber auch gesellschaftliches und politisches Versagen Aufmerksamkeit bekommen. Gleichzeitig gibt sie einen ersten Einblick in die Themenschwerpunkte der Asylnitiativenwoche: Situation an den europäischen Außengrenzen, Wohnen, Zugang zur Gesundheitsversorgung und Rassismus. Eingeladen sind:

Barbara Niedermaier // Medinetz Leipzig und CAB Leipzig e. V.
Sascha Schiebl // Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Susanne Neupert // Leipziger Initiativkreis: *Menschen.Würdig*
Mika Kaiyama // Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.

► Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Der Link zur Veranstaltung wird am 10. November über die sozialen Kanäle der Kooperationspartner verbreitet.

Mittwoch, 11. November 2020 // 19:00 bis 21:00

Gespräch und Diskussion: „Perspektivlos, entrechtet und nahezu vergessen – Geflüchtete an den EU-Außengrenzen“

Die Corona-Pandemie hat die Not von Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen vergrößert. Unabhängig von der Route nach Europa ist die Lage für Geflüchtete verheerend. Menschenrechtsaktivist*innen stellen Push-Backs, Gewalt und andere Menschenrechtsverletzungen fest. Während es die Zustände auf dem Mittelmeer und in den Lagern am Mittelmeer immerhin in die Medien schaffen - der gesellschaftliche Aufschrei kam allerdings erst mit dem Brand in Moria -, bekommt die Not von Geflüchteten in der Balkanregion kaum Aufmerksamkeit. Auch hier wird das Flüchtlingsrecht nahezu täglich gebrochen.

Im Gespräch wollen wir uns die aktuelle Situation an den europäischen Außengrenzen anschauen. Wie hat Corona die Situation von

Geflüchteten weiter verschärft? Wie sollte die EU mit der abstrakten Angst vor irregulärer Migration verschiedenster europäischer Staaten umgehen? Wie könnte eine realistische Vision einer humanitären Flüchtlingspolitik aussehen?

Sascha Schiebl // Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Ramona Lenz // medico international e.V.

► Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Der Link zur Veranstaltung wird am 11. November über die sozialen Kanäle der Kooperationspartner verbreitet.

Donnerstag, 12. November 2020 // 19:00 bis 21:30

Online-Workshop:

„Gesundheit beraten – Wie geht das?“

April 2020: Die World Health Organization fordert die Regierungen weltweit dazu auf, Geflüchteten, Migrant*innen, Obdachlosen sowie Menschen ohne Krankenversicherung Zugang zu Tests und Behandlung zu geben. Während Portugal in der Pandemie illegalisierten Menschen per „Expresslegalisierung“ ein Aufenthaltsrecht und damit den Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährt, geschieht in Deutschland und seinen Bundesländern nichts.

Verschiedene Initiativen erhoben auch in Sachsen die Forderung, die elektronische Gesundheitskarte für alle einzuführen und die Übermittlungspflicht an Ausländerbehörden zu beenden. Das wären Notwendigkeiten gewesen, um die Gesundheit aller hier lebenden Menschen vor Sars-Cov-2 zu schützen. Der strukturelle Ausschluss von Menschen, die Asylbewerberleistungen beziehen und nicht krankenversichert sind, Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus sowie erwerbslosen EU-Bürger*innen hat massive Folgen für die Gesundheit.

Der Workshop stellt Anlaufstellen für illegalisierte Menschen vor und erklärt, wie sie arbeiten, was sie anbieten und wie sie funktionieren, welche Behandlung ermöglicht werden kann und an welche Grenzen sie und ihre Patient*innen immer wieder stoßen.

Anliegen des Workshops ist es, Geflüchtete, Migrant*innen und weitere Engagierte, die abseits der drei großen sächsischen Städte leben, einen Handlungsleitfaden für die medizinische Beratung zu geben. Welche rechtlichen Optionen gibt es? Welche Strukturen haben sich in der Zusammenarbeit bewährt und welche Erwartungshaltungen leiten sich gegenüber der Politik ab?

Manuel Funk // Medinetz Leipzig und CAB Leipzig e. V.
Leona Blankenstein // Medinetz Dresden e.V.
Maleen Täger // Medibüro Chemnitz

Donnerstag, 12. November 2020 // 19:00 bis 21:30

Online-Workshop: „Wohnen im Lager in Zeiten der Pandemie – Praktische Strategien zur Verbesserung der Unterbringung von Geflüchteten“

Mit Beginn der Pandemie war klar: Das Infektionsrisiko in sächsischen Lagern ist hoch. Asylberatende Initiativen agierten schnell und unterstützen Geflüchtete dabei, mittels Eilverfahren an sächsischen Verwaltungsgerichten die für den Gesundheitsschutz dringend nötige Aufhebung der Wohnsitznahmeverpflichtung zu erstreiten. Die Gerichte gaben den Antragsteller*innen Recht und ordneten ihre Entlassung an. Es folgten Transfers von Hunderten. Wie ist das gelungen, wie funktioniert gerichtlicher Eilrechtsschutz und was waren formale und inhaltliche Voraussetzungen für den Erfolg? Rechtsanwältin Carolin Helmecke versucht Ordnung in das Dickicht des Eilrechtsschutzsystems, das auch in anderen Bereichen des Asyl- und Aufenthaltsrechts von Belang ist, zu bringen.

Auch abseits der Rechtsprechung zu Lagern besteht die generelle Frage des selbstbestimmten Wohnens. Gerade in der Stadt Leipzig ist diese Frage komplex. Einerseits steht sie im sachsenweiten Vergleich gut da, was dezentrales Wohnen betrifft. Andererseits lebten bis März 2020 nur 31% der Menschen mit Asylbewerberleistungsbezug wirklich dezentral. In den Gemeinschaftsunterkünften summiert sich zudem seit Jahren die Zahl der Menschen, die bereits eine Asylanerkennung haben, obwohl sie dieser Art von Kontrolle und Verwaltung längst hätten entkommen sein müssen. Der *Leipziger Initiativkreis: Menschen.Würdig* zeigt und bewertet die

Ansätze, die bisher gefunden wurden, die Forderung nach dezentralem Wohnen zu praktischer Politik werden zu lassen. Welche Herausforderungen stellen sich heute in der dynamischsten Großstadt Sachsens, in der bezahlbarer Wohnraum für alle knapp ist? Wie kann eine gute Wohnungspolitik für die gesamte Gesellschaft aussehen?

Carolin Helmecke // Rechtsanwältin
Susanne Neupert // Leipziger Initiativkreis: *Menschen.Würdig*

Freitag, 13. November // 16:00 bis 18:30

Online-Workshop: „Was weiße Menschen in Asylnitiativen unbedingt wissen sollten - aber vielleicht ungern hören wollen“

Im Workshop bekommen Teilnehmer*innen die Gelegenheit, ihren rassistuskritischen und postkolonialen Blick weiterzuentwickeln. Ziel ist es, die Interaktion zwischen weißen Akteur*innen ohne Fluchterfahrungen und Menschen mit Flucht-/Rassismuserfahrungen zu verbessern. Anhand ausgewählter themengeleiteter Beispiele sowie Diskussionen in Kleingruppen werden typische Herausforderungen multiperspektivisch beleuchtet.

Voraussetzung für die Teilnahme ist die Bereitschaft zur Selbstreflexion.

Anne-Christin Tannhäuser // Bildnerin und Aktivistin
Mika Kaiyama // Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.

Samstag, 14. November 2020 // 13:00 bis 17:00

Online-Workshop: #LeaveNoOneBehind

Die Parole #LeaveNoOneBehind („Niemanden zurückzulassen“) ist dieser Tage auf zahlreichen Transparenten im öffentlichen Raum zu finden. Sie ist zu DER Protestlosung mit Blick auf die Belange von Geflüchteten in Europa geworden. Doch was bedeutet eigentlich LeaveNoOneBehind? Der Hashtag appelliert an echte Solidarität ohne Unterscheidung nach Herkunft oder nationaler Zugehörigkeit und das Recht auf ein menschenwürdiges Leben auch und gerade in krisenhaften Zeiten wie im Moment.

Im Workshop stehen folgende Aspekte im Mittelpunkt: aktuelle Zahlen zu weltweiten Fluchtbewegungen, Fluchtursachen und asylrechtliche Grundlagen, aktuelle Situation von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen, Auswirkungen der Pandemie auf die Lebenssituation von Geflüchteten in Deutschland. Außerdem wollen wir die Frage aufwerfen, was die Parole #LeaveNoOneBehind für uns selbst und unser Engagement bedeuten könnte.

Elisabeth Teubner // Kulturbüro Sachsen
Johannes Richter // Kulturbüro Sachsen

Anmeldung für die Workshops

Die Workshops finden über **Big Blue Button** statt. Die Teilnahme ist begrenzt. Deshalb bitten wir um eine **verbindliche Anmeldung** bis zum **31. Oktober 2020** an asylini@sfrev.de.

Bitte nennen Sie **im Betreff** den **Titel des Workshops** und Ihren **Namen**. Bitte schicken Sie uns **eine Email** zur Anmeldung **pro Workshop**. Am **9. November 2020** schicken wir den zum jeweiligen Workshop gehörenden **Link**.

Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen dem Sächsischen Flüchtlingsrat e.V., dem Kulturbüro Sachsen e.V., dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Sachsen und Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.

Wir danken der Amadeu Antonio Stiftung, der UNO-Flüchtlingshilfe und der Bundeszentrale für politische Bildung für ihre freundlichen Unterstützung.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration



www.weiterdenken.de